

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

– Drucksache 19/32077 –

### Staatliche Garantie für pandemiefesten Präsenzunterricht – Kindern und Jugendlichen das Recht auf Bildung nicht erneut vorenthalten

#### A. Problem

Die monatelange Schließung von Schulen hat dramatische Folgen für die Entwicklung und die psychischer Gesundheit der Schülerinnen und Schüler. Trotz oftmals hervorragender Leistungen von Eltern und Lehrkräften leidet fast jedes dritte Kind während der Corona-Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Der fehlende Kontakt zu Lehrkräften, Mitschülerinnen und Mitschülern hat die Zukunftschancen besonders für Kinder aus einkommensschwachen und sozial benachteiligten Familien aufs Spiel gesetzt. Die Ungleichheit der Bildungschancen wurde verschärft.

#### B. Lösung

Die Bundesregierung soll gemeinsam mit den Ländern eine staatliche Garantie für Präsenzunterricht unabhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie abgeben. Außerdem sollen die Hygienemaßnahmen an Schulen verbessert und die Anschaffung mobiler Luftfiltergeräte soll leichter möglich werden. An den Hochschulen soll die Rückkehr zur Präsenzlehre für das Wintersemester 2021 vorbereitet werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/32077.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/32077 abzulehnen.

Berlin, den 15. September 2021

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Dr. Dietlind Tiemann**  
Berichterstatterin

**Marja-Liisa Völlers**  
Berichterstatterin

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Katja Suding**  
Berichterstatterin

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatterin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Dietlind Tiemann, Marja-Liisa Völlers, Dr. Götz Frömming, Katja Suding, Dr. Birke Bull-Bischoff und Margit Stumpp**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/32077** in seiner 238. Sitzung am 25. August 2021 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Kinder und Jugendliche haben nach Ansicht der Fraktion der FDP sehr unter der Pandemie gelitten. Über Monate hinweg seien Schulen geschlossen und Kinder so aus ihrem sozialen Umfeld gerissen worden. Das habe dramatische Folgen für die Entwicklung und psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler gehabt. Eltern und Lehrkräfte würden zwar vielerorts Unglaubliches leisten. Dennoch leide fast jedes dritte Kind während der Corona-Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten (vgl. COPSY-Studie). Besonders einschneidend seien die Schulschließungen für Kinder aus einkommensschwachen und sozial benachteiligten Familien gewesen. Der fehlende Kontakt zu Lehrkräften, Mitschülerinnen und Mitschülern habe ihre Zukunftschancen erheblich aufs Spiel gesetzt und Ungleichheit der Bildungschancen verschärft. Gerade die Schwächsten seien noch weiter zurückgefallen.

Kinder, Jugendliche und ihre Eltern bräuchten jetzt dringend planbare Normalität.

Das Recht auf Bildung könne am besten im Präsenzunterricht verwirklicht werden. Im Herbst und darüber hinaus müsse daher pandemiefester Präsenzunterricht unabhängig vom weiteren Pandemieverlauf verbindlich sichergestellt und garantiert sein.

Der Handlungsbedarf dafür sei gewaltig: 74 Prozent der Bürger hätten in Umfragen angegeben, Bund und Länder würden zu wenig tun, um Präsenzunterricht bei steigenden Infektionszahlen sicherzustellen. Besonders bei der Ausstattung mit wirksamen Luftfiltergeräten für jedes Klassenzimmer habe es noch immer. Dabei seien Luftfiltergeräte in Schulen ein Baustein, um pandemiefesten Unterricht auch unabhängig vom weiteren Pandemieverlauf zu gewährleisten. Das Förderprogramm des Bundes zur Beschaffung von Luftfiltergeräten an Grund- und Förderschulen sei erst am 23. August 2021 und nach wochenlangen Verhandlungen verabschiedet worden, obwohl der Unterricht in vielen Bundesländern längst wieder begonnen habe.

Das Förderprogramm komme nicht nur viel zu spät, es reiche auch bei weitem nicht aus. Zwei Drittel der Schulen würden damit ohne Luftfilter bleiben, weil das Programm an hohe bürokratische Hürden gekoppelt sei. Im Ergebnis drohe ein Desaster wie schon beim DigitalPakt. Die Bundesregierung müsse die Anschaffung der Luftfiltergeräte vereinfachen, die Mittel aufstocken und für alle Klassenstufen zulassen. In dieser globalen Notlage müssten Schulleiter Luftfiltergeräte möglichst unkompliziert bestellen können.

Eine Sicherstellung des Präsenzunterrichts auch unabhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie müsse das oberste Ziel sein. Neben der unbürokratischen Beschaffung von Luftfiltergeräten für Klassenräume könne darüber hinaus die Anwendung kluger Hygienekonzepte ein weiterer Baustein sein, um dieses Ziel zu verwirklichen. Die Quarantäne-Regeln müssten zudem so angepasst werden, dass bei positivem Testergebnis lediglich direkte Sitznachbarn und Lehrkräfte mit engem Kontakt in Quarantäne müssten. Nach dem neuen Votum der Ständigen Impfkommission zu Corona-Impfungen für alle Kinder ab zwölf Jahren müsse es zügig eine mit den Spitzenverbänden der Kinder- und Jugendärzte angepasste Aufklärungskampagne und darüber hinaus mehr freiwillige Impfangebote durch mobile Teams an Schulen geben. Gleichzeitig müsse ausgeschlossen bleiben, dass eine Impfung bei Kindern und Jugendlichen zur Voraussetzung sozialer Teilhabe wird.

Der DigitalPakt der Bundesregierung bleibe ein bürokratisches Schneckenrennen. Der Bund müsse dringend seine bürokratischen Vorgaben an die Beantragung und den Abruf der Mittel vereinfachen, damit die Mittel pragmatisch bewilligt und genutzt werden könnten. Die Niederlande würden 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um entstandene Lernrückstände aufzuholen, die Bundesregierung nur zwei Milliarden Euro. Das sei nicht genug. Auch fehle das Wissen, wo die Lernlücken liegen und wie groß sie seien. Benötigt werde ein echtes Chancen-Aufholprogramm — wissenschaftlich begleitet und mit (digitalen) Lernstandserhebungen. Kurzfristig sollte die Unterstützung durch studentische Lern-Buddys Lernverluste abfedern.

Auch Studierende an den Hochschulen bräuchten endlich eine Perspektive für die Rückkehr zur Präsenzlehre. Bund und Länder müssten diese nun gezielt vorbereiten und die flächendeckende Präsenzlehre für das kommende Wintersemester sicherstellen.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung unter anderem auf, gemeinsam mit den Ländern

1. eine staatliche Garantie für Präsenzunterricht - unabhängig vom weiteren Pandemieverlauf - abzugeben;
2. unverzüglich eine Sondersitzung mit den Kultusministern einzuberufen, auf der Bund und Länder einen Aktionsplan für pandemiesicheren Unterricht beschließen. Kinder, Jugendliche und Eltern brauchen jetzt dringend planbare Normalität. Zentrale Bestandteile des Aktionsplans sollten sein:
  - a) Die Anschaffung mobiler Luftfiltergeräte zu vereinfachen, die Bundesmittel aufzustocken und für alle Klassenstufen zuzulassen, damit Schulen Luftfiltergeräte möglichst unkompliziert bestellen können;
  - b) die bisherigen Test- und Hygienekonzepte durch eine ausreichende Bestellung von sog. Lolli-Tests, gerade für Grundschulen, zu ergänzen;
  - c) die Quarantäne-Regeln in Schulklassen so anzupassen, dass bei einem Corona-Fall nur noch die direkten Sitznachbarn und Lehrkräfte mit engem Kontakt in Quarantäne müssen;
  - d) gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Kinder- und Jugendärzte zügig eine angepasste Aufklärungskampagne für Kinder ab zwölf Jahren aufzulegen und diesen, zusätzlich zur Möglichkeit der Impfungen in Kinder- und Jugendarztpraxen, Impfangebote zur Schutzimpfung an Schulen durch mobile Impfteams zu machen;
  - e) kurzfristig freiwillige Impfgelegenheiten durch mobile Teams an Schulen zu schaffen, damit zügig alle Schülerinnen und Schüler ab zwölf Jahren ein Impfangebot erhalten;
  - f) beim DigitalPakt Schule massiv die Beantragung und die Ausbezahlung der Mittel zu entbürokratisieren. Ziel muss es sein, so schnell wie möglich für jede Schule einen durchfinanzierten Bedarf vorliegen zu haben, um die nötigen Beschaffungsprozesse einzuleiten;
  - g) ein Chancen-Aufholprogramm mit (digitalen) Lernstandserhebungen vorzulegen, damit die entstandenen Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt werden;
3. die Rückkehr zur Präsenzlehre an den Hochschulen für das Wintersemester 2021 vorzubereiten und bei Studierenden gezielt für Impfungen zu werben;
4. ein Programm zur detaillierten Analyse von Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die mentale Gesundheit junger Menschen, welches mögliche Zusammenhänge identifiziert und mit konkreten niedrigschwelligen und auch digitalen Angeboten gegensteuert vorzulegen.

**III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage auf Drucksache 19/32077 in seiner 79. Sitzung am 15. September 2021 abschließend beraten. Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/32077.

Berlin, den 15. September 2021

**Dr. Dietlind Tiemann**  
Berichterstatterin

**Marja-Liisa Völlers**  
Berichterstatterin

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Katja Suding**  
Berichterstatterin

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatterin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatterin



